



Herrn  
Arne Semsrott  
c/o Open Knowledge Foundation  
Singerstraße 109  
10179 Berlin

Berlin, 1. März 2016  
Geschäftszeichen:  
ZR 4-1334-IFG-339/2015  
Bezug: Ihr Antrag vom 21. Juli 2015

**Referat ZR 4**  
**Geheimchutz, Datenschutz,**  
**Informationsfreiheit**

**Behördlicher**  
**Datenschutzbeauftragter**

bearbeitet von:  
**Geprüfte Rechtskandidatin**  
**Silvia Pannach**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-33043 (Vz)  
Fax: +49 30 227-36336  
datenschutz.zr4@bundestag.de

**Dienstgebäude:**  
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus  
Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1  
10117 Berlin

## Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

Sehr geehrter Herr Semsrott,

mit E-Mail vom 21. Juli 2015 baten Sie um Übersendung sämtlicher Ausarbeitungen der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, die dieser zu den Themenkomplexen Lobbyismus, Abgeordnetenkorruption und Open Data erstellt hat.

Nach Abschluss der Prüfung Ihres Antrages kann ich Ihnen mitteilen, zu den von Ihnen begehrten Themenkomplexen folgende Gutachten ermittelt werden konnten, die auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht wurden:

- Der Vorschlag der Kommission für die rechtliche Verbindlichkeit der elektronischen Veröffentlichung des Amtsblattes der Europäischen Union – Reaktionen und Verfahren im Deutschen Bundestag (PE 6-079-11)
- Elektronische Einbringung und Verteilung von Dokumenten in den Parlamenten innerhalb der Europäischen Union (PE 6-189-11)
- Lobbying- und Interessenvertretungs-Transparenz-Gesetz (LobbyG) in Österreich (WD 1-015-12)
- Lobbyismus in den USA (WD 1-262-10)
- Aktuelle Informationen zum Thema „Digitaler Staat“ (WD 10-011-14)
- Online-Petition per De-Mail? (WD 10-037-11)
- Open Access - Konzeptionelle Grundlagen und Entwicklungsstand in ausgewählten Schwellenländern (WD 10-097-11)
- Konventionen der VN und der OECD zur Bekämpfung der Korruption (WD 2-074-08)
- Regeln für den Umgang mit Lobbyisten (WD 3-017-11)
- Beteiligung von Verbänden an der Vorbereitung von Gesetzesvorlagen der Bundesregierung (WD 3-030-15)



- Zugang zu parlamentarischen Informationen - Grenzen für die Prinzipien der Erklärung zur parlamentarischen Offenheit der World e-Parliament Conference 2012 (WD 3-039-14)
- Legislativer Fußabdruck (WD 3-056-11)
- Mandatsträgerbestechung - Zum Tatbestandsmerkmal des ungerechtfertigten Vorteils (WD 3-060-14)
- Parteispenden von Verbänden (WD 3-074-19)
- Registrierungspflicht von Lobbyisten: Ahndung von Verstößen durch den Deutschen Bundestag? (WD 3-094-10)
- Rechtsanwalt als Lobbyist: Verfassungsrechtlicher Schutz der Verschwiegenheit? (WD 3-095-10)
- Die Ausgestaltung des Amtes eines Chief Information Officers des Bundes nach bayerischem und hessischem Vorbild - Zur Vereinbarkeit mit dem Ressortprinzip nach Art. 65 Satz 2 GG (WD 3-112-14)
- Elektronische Verkündung von Rechtsnormen (WD 3-146-09)
- Einzelfragen zur Beteiligung von Bürgern und ihren Interessenverbänden im Gesetzgebungsverfahren (WD 3-166-09)
- Entwurf eines Gesetzes über die Vertretung von Interessen gegenüber dem Deutschen Bundestag und den Bundesbehörden (WD 3-204-10)
- Entwurf eines Gesetzes über die Vertretung von Interessen gegenüber dem Deutschen Bundestag und den Bundesbehörden (WD 3-232-09)
- Abgeordnetenkorruption und Nebentätigkeiten - Verfassungsrechtlicher Teil (WD 3-260-08)
- Registrierung und Rechte von Lobbyisten im Parlament (WD 3-305-12)
- Einzelfragen zur Registrierung von Verbänden und deren Vertretern beim Deutschen Bundestag (WD 3-305-14)
- Gesetzliche Regelungen zu Lobbyismus (WD 3-317-10)
- Register of Lobbyists – Lobbyistenregister (WD 3-356-11)
- Fragen zum Rüstungslobbyismus (WD 5-196-14)
- Rechtsfragen zum Crowdsourcing (WD 6-156-14)
- Rechtsfragen im Kontext der Abgeordnetenkorruption (WD 7-148-08)

Sie finden diese Ausarbeitungen unter „Dokumente“ > „Fachinformationen und Analysen“ > „Ausarbeitungen der Wissenschaftlichen Dienste“ bei den jeweiligen Fachbereichen.

Im Übrigen konnten zu den von Ihnen gewünschten Themengebieten folgende Gutachten ermittelt werden:



- Abgeordnetenkorruption (WD 7-010-13)
- Korruption von Abgeordneten und freies Mandat (WD 7-021-13)
- Umsetzung der Konvention der Vereinten Nationen gegen Korruption in befreundeten Rechtsstaaten - Strafbarkeit von Abgeordneten (WD 7-150-13)
- Abgeordnetenbestechung - Rechtslage in westlichen Demokratien (WD 7-210-12)
- Die digitale Langzeitarchivierung durch öffentliche Einrichtungen - Urheberrechtliche Implikationen (WD 7-230-10)
- Restauranteinladungen für Amtsträger und Beamte - Strafrechtliche Betrachtung (WD 7-243-13)
- Zur Neufassung von § 108e StGB (Mandatsträgerbestechung) - Implikationen für Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Deutschen Bundestages (WD 7-257-14)

Auch diese Dokumente werden zeitnah auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht.


Die von Ihnen erbetenen Informationen sind somit im Sinne von § 9 Abs. 3 IFG allgemein zugänglich oder werden es in absehbarer Zeit sein, sodass von einer Übersendung abgesehen wird.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Deutschen Bundestag, Behördlicher Datenschutzbeauftragter, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, einzulegen. Wird der Widerspruch schriftlich erhoben, so gilt die Frist nur als gewahrt, wenn der Widerspruch vor Ablauf der Frist bei der Verwaltung des Deutschen Bundestages eingegangen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
Schmidt-Hederich